

kooperation

MITTEILUNGEN DER KOMMISSION FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DES KOOPERATIONSVERTRAGES MIT DER ARBEITERKAMMER

Nr. 10

März 1975



Metallerstreik 1974 in Bremen

Forschungsprojekt: Metallstreik im Unterwesergebiet März 1974

„Kooperation“ sprach mit Professor Zoll

Inhalt	Seite
Universität erforscht den Metallstreik 1974	2
Streik auf dem Vulkan – Film der Arbeitsstelle Arbeiterkammer	3
Gespräch mit Vertrauensleuten	4
Gespräch mit Streikenden	5
Streikbrecher	6
Arbeitgeber-Tricks gegen Streik	7
Kundgebung auf dem Domshof	8
Justiz gegen Gewerkschaft	10
Die Tagesschau berichtet	11
Gespräch mit Streikposten	12
Zweierlei Rechnung	13
Ergebnis der Urabstimmung	13
Eine Bilanz des Streiks	13
Loderer: Meßbarer Streikerfolg	14
Gespräch mit Otto vom Steeg	15
Das Recht auf Arbeit	16

Wer diese und alle folgenden Ausgaben der „Kooperation“ beziehen will, muß 23 Pfennig und zwei Minuten opfern. Soviel kosten ein Anruf in der Redaktion und ein kostenloses Abonnement. Sie erreichen uns unter der Telefonnummer 281-3289 in Bremen.

Herausgegeben von der Kommission für die Durchführung des Kooperationsvertrages mit der Arbeiterkammer.



Verantwortlich für den Inhalt: Erich Ströh, Hans Dieter Müller. Redaktion: Manfred Wilke. Für namentlich gezeichnete Artikel sind die Autoren verantwortlich. Postanschrift: Universität Bremen, Achterstraße, Postfach. Telefon-Durchwahl: 281-3289.

Prof. Dr. Rainer Zoll ist seit 1974 Hochschullehrer für Theorie und Geschichte der Gewerkschaften an der Universität Bremen. Rainer Zoll war jahrelang Pressesprecher der Industriegewerkschaft Metall.

An der Universität Bremen wird eine sozialwissenschaftliche Untersuchung des Metallstreiks im Unterwesergebiet durchgeführt. Was ist Sinn und Zweck der Untersuchung, die Du, Kollege Zoll, leitest?

Antwort: Es handelt sich um ein kombiniertes Forschungs- und Lehrprojekt, das den Streik der Metaller im März 1974 im Unterwesergebiet zum Gegenstand hat. In dem Projekt soll dieser Streik im Ablauf dargestellt und unter soziologischen, rechtlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Aspekten untersucht werden. Dabei stehen die Ursachen der Unzufriedenheit mit dem Tarifabschluß, die Bewußtseinsveränderungen bei den Streikenden während der Tarifbewegung sowie die Rolle der Streikbrecher, die im wesentlichen Angestellte waren, im Mittelpunkt des Interesses. Die thematischen Schwerpunkte der sozialwissenschaftlichen Untersuchung sind also das Lohnbewußtsein der Streikenden, das Verhältnis von Mitgliedschaft und Gewerkschaft während dieser Tarifbewegung sowie das Streikverhalten von Angestellten. Im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Untersuchung wurden 100 Interviews durchgeführt, ferner Gruppendiskussionen und Experten-Gespräche. Es sind weitere 20 Interviews sowie noch eine Anzahl von Experten-Gesprächen und Gruppendiskussionen geplant. Das in dieser empirischen Phase erhobene Material soll im SS 1975 ausgewertet werden.

Im WS 1974/75 werden im Rahmen des Lehrprojekts die wissenschaftlichen Grundlagen für eine gemeinsame Auswertung, d.h. eine von Hochschullehrern und Studenten getragene Auswertung, gelegt. In einer Einführung in die Tarifpolitik werden die zentralen Themen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik sowie ihre Strukturen behandelt: das Tarifvertragssystem in der BRD, betriebliche Lohnfindungssysteme, Funktion des Leistungslohns, die Struktur der traditionellen Tarifpolitik, gewerkschaftliche Tarifpolitik und staatliche Einkommenspolitik sowie Alternativkonzepte zur traditionellen Tarifpolitik.

Im soziologischen Arbeitsvorhaben, das von Detlef Saurien und mir durchgeführt wird, wird die Geschichte der Soziologie des Arbeiterbewußtseins in der BRD aufgearbeitet, ferner das vorliegende soziologische Material zum Verhältnis von Mitgliedschaft und Gewerkschaft sowie zentrale Untersuchungen zur Angestelltensoziologie.

Das wirtschaftswissenschaftliche Arbeitsvorhaben, das Gerhard Leithäuser veranstaltet, wird im Rahmen einer regionalökonomischen Untersuchung die relevanten wirtschaftlichen Daten und Entwicklungen aufarbeiten.

Das rechtswissenschaftliche Arbeitsvorhaben, für das Jochen Dressel verantwortlich ist, behandelt den Konflikt zwischen Streikposten und Streikbrechern und seine rechtlichen Konsequenzen, die Problematik des Schlichtungswesens sowie evtl. rechtliche Auswirkungen von Streiks.

Wann wird die Studie vorliegen und veröffentlicht werden?

Antwort: Wir hoffen, nach dem SS 1975 in den Semesterferien den Untersuchungsbericht zu schreiben und ihn bis Ende 1975 vorlegen zu können. Eine Veröffentlichung des Berichts ist geplant, aber bis jetzt noch nicht gesichert.

Ist die Untersuchung ein Beispiel für den Reformcharakter der Universität Bremen oder wäre sie auch in dieser Form an einer alten Ordinariuniversität möglich gewesen?

Antwort: An einer alten Ordinariuniversität wäre diese Untersuchung wahrscheinlich nur mit allergrößten Schwierigkeiten durchzusetzen gewesen. Voraussetzung für eine solche Untersuchung an einer traditionellen Universität wäre auf jeden Fall ein bestehendes soziologisches Institut gewesen. Die in dem Projekt angestrebte Verbindung von Forschung und Lehre sowie die Interdisziplinarität des wissenschaftlichen Vorgehens entsprechen sicher den Zielsetzungen der Universität Bremen. Voraussetzung für die Durchführung der Studie ist die Unterstützung durch die Kommission für die Durchführung des Kooperationsvertrages mit der Arbeiterkammer Bremen. Aus dem Haushalt des Arbeiterkammerbereichs wird die empirische Phase im wesentlichen finanziert. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Arbeiterkammer entwickelt und ist auch für seinen Fortgang auf die Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Arbeiterkammer angewiesen.



Streik auf dem Vulkan

Günter Hörmann, Detlev von Larcher und Helga Skalla von der Arbeitsstelle Arbeiterkammer an der Universität Bremen haben den Streik beim Vulkan mit der Kamera festgehalten.

Gemeinhin werden Haupt- und Staatsaktionen dokumentarisch abgelichtet, die Krönung irgendeines Königs, Führers Geburtstag, Staatsbesuche, Filmfestivals und anderes mehr wird auf Zelluloid gebannt für „die Ewigkeit“.

Aber wieviele Filmdokumente gibt es, die die sozialen Kämpfe der Lohnabhängigen aufgezeichnet haben? Es sind nicht viele Filmmacher, die die Kämpfe der Lohnabhängigen mit ihren Filmen gewürdigt haben; es sei denn, Streiks und Demonstrationen ließen sich als „Unruhen“ und „die Volkswirtschaft schädigende Sensationen“ vermarkten. Diese Streifen sind Legion. Von diesen „Auftragsarbeiten“ unterscheidet sich der Film der Arbeitsstelle Arbeiterkammer über den Streik beim Bremer Vulkan grundsätzlich. Hier ist

versucht worden, den Streik mit den Augen der Streikenden zu sehen, und ihre Meinungen, Gefühle und Urteile über ihren Streik festzuhalten.

Der Film hält somit den Streik als wichtiges Ereignis im Leben der Bremer Arbeiter und Angestellten fest, er wird in Zukunft an den „74er Streik“ erinnern. Der Film hat aber nicht allein dokumentarischen Wert – was ihn allein schon rechtfertigen würde – er ist auch ein Lehr- und Lernfilm über Streiks in der Bundesrepublik. Er gibt ein Stück Erfahrung an Unbeteiligte weiter.

Dieser Film von Hörmann, Larcher und Skalla ist ein Stück Reformuniversität Bremen, und er wäre ohne sie wohl schwerlich entstanden. Die nachfolgenden Auszüge aus dem Film, sind zum Zwecke ihrer Veröffentlichung stilistisch überarbeitet worden. Es versteht sich von selbst, daß die Redaktion der „Kooperation“ am Sinn der Aussagen nichts geändert hat.

„Es wird eine harte Auseinandersetzung“

Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden des Vulkan, Fritz Bettelhäuser, und Karli Schönberger, Vertrauenskörperleitung des BV.

Frage: Wird es eine harte Auseinandersetzung geben, oder glaubt Ihr, daß es ziemlich schnell zu einem Ergebnis kommen wird?

Antwort: Ich glaube nicht, daß es ziemlich schnell zu einem Ergebnis kommen wird. Im Gegenteil, es wird eine harte Auseinandersetzung werden. Der erste Tag heute hat schon gezeigt, daß die Arbeitgeber zum Frontalangriff angetreten sind und wir jetzt dementsprechend zurückschlagen müssen.

Frage: Nun habt Ihr ja schon eine große Streikbereitschaft durch die Urabstimmung gezeigt. Wird diese Streikbereitschaft auch eine lange Auseinandersetzung aushalten?

Antwort: Die Streikbereitschaft wird anhalten, davon bin ich überzeugt. In diesem Zusammenhang muß ich noch einmal auf unsere verlängerte Betriebsversammlung im Juni 1973 (spontaner Streik, vgl. Kooperation 5/1973, Red.) zurückkommen. Seinerzeit haben wir 8 Tage ohne Bezahlung gestreikt, wenn wir auch danach 3 Tage bezahlt bekommen haben. Aber das war ja während des Streiks noch gar nicht klar, daß wir 3 Tage bezahlt kriegen.

Zur Streikbereitschaft kann ich nur sagen, auch wenn wir jetzt innerhalb kurzer Zeit zum zweiten mal streiken, ist die Kampfbereitschaft doch da. Das konnte man spüren, als das Gerücht aufkam, daß der jetzt am Ausrüstungskai liegende Tanker der Shell AG nach Belgien abgeschleppt werden sollte. Da fehlte nur noch ein kleiner Funke und schön hätten sich die Kollegen spontan eingemischt, bevor die IG Metall überhaupt ein Startzeichen gegeben hätte.

Frage: Habt Ihr vor Beginn des Streiks innerbetriebliche Auseinandersetzungen gehabt?

Antwort: Innerbetriebliche Auseinandersetzungen haben wir am laufenden Band. Diese Auseinandersetzungen drehen sich aber meistens nicht ums Geld, sondern um die Arbeitsbedingungen auf unserer Werft. Man muß feststellen, daß der Vulkan schlechtere Arbeitsbedingungen bietet als vergleichbare Werften.

Frage: Würdest Du die große Streikbereitschaft auch auf diese Auseinandersetzungen zurückführen?

Antwort: Ja, aber vielleicht darf ich diese Frage mal etwas grundsätzlicher beantworten. Wir haben seinerzeit, als

es um die zu stellende Forderung der IG Metall in diesem Tarifikampf ging, im Vertrauenskörper lange und hart diskutiert: Was brauchen wir eigentlich, und was wird davon nach den voraussehbaren Preissteigerungen noch übrigbleiben. Wir sind damals im Vertrauenskörper des Bremer Vulkan der Meinung gewesen, daß die Forderung der IG Metall noch etwas zu niedrig wäre und wir hatten im Vertrauenskörper eine höhere Forderung aufgestellt.

Wenn ich das noch ergänzen darf: Die Aufstellung unserer Forderungen ist bestimmten Regeln unterworfen. Bei uns werden die Forderungen als erstes in den Branchen aufgestellt. In den einzelnen Gewerken werden Branchensammlungen gemacht, in denen die Mitglieder echt befragt werden, und bereits dort gibt es heiße Debatten über die Höhe der Forderungen. Anschließend werden die einzelnen Branchenbeschlüsse durch ihre Obleute im Vertrauenskörper vorgetragen und dann wird nochmal heiß debattiert, bevor eine Forderung und eine Empfehlung von unseren 7 Tarifkommissionsmitgliedern mit in die Tarifkommission genommen wird. ...

Außerdem bemühen wir uns, im Vertrauenskörper des Bremer Vulkan eine gute Aufklärungsarbeit zu leisten. Diese Arbeit wird vom Vertrauenskörper gemacht. Wir haben Arbeitskreise, in denen wir diese Aufklärung diskutieren. Die Ergebnisse dieser Diskussionen werden dann von den Vertrauensleuten an den einzelnen Kollegen im Betrieb

weitergegeben. Durch diese Aufklärungsarbeit erkläre ich mit die Solidarität unter den Kollegen, die auf dem Vulkan vorhanden ist. Ich möchte noch hinzufügen, und das ist gerade nach der spontanen Arbeitsniederlegung vom Sommer 1973 feststellbar gewesen, daß das Selbstbewußtsein und die Solidarität unter den Kollegen auf dem Vulkan sehr gestiegen ist.

Hinzu kommt, daß nachdem der Vertrauenskörper selbst aktiv geworden ist und nicht mehr von Betriebsräten oder Betriebsratsvorsitzenden geleitet wird, wie es früher bei uns war, die Aktivität unter den Vertrauensleuten und dadurch auch innerhalb der Mitgliedschaft der IG Metall auf dem Vulkan enorm gestiegen ist. ...

Wir machen zum erstenmal einen von der Gewerkschaft organisierten Streik mit. Ohne jetzt eine große Kritik vom Stapel zu lassen, muß ich doch sagen, wir mußten viel improvisieren. Ich hoffe, daß die Organisation in den nächsten Tagen besser wird, denn uns sind heute natürlich einige Pannen unterlaufen. ... Ich will gar nicht entscheiden, ob es von Vor- oder Nachteil war, daß die IG Metall bisher immer Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle spielen ließ. Es hat nur dazu geführt, daß die da unten besser streiken können und die IG Metall hat auch gewußt, die können besser einen Streik durchführen als andere Tarifgebiete. Es hat aber auch dazu geführt, daß man anderswo gar keine Streikerfahrung sammeln konnte.

Vielleicht muß man doch mal kritisch fragen, warum probt die IG Metall in Vertrauensmännerschulungen nicht mal den Ernstfall? Warum eigentlich nicht? Oder haben sie vielleicht davor Angst, daß die Kollegen ihr Wissen auch



mal bei spontanen Aktionen ummünzen könnten, daß sie dann auch mal zack-zack sagen und der Laden steht, wie erprobt? Ich finde, man sollte ruhig den Ernstfall proben, damit jeder Kollege darauf vorbereitet ist und weiß, was er zu tun hat. Wir in der Streikleitung müssen doch jetzt erst feststellen, wer eignet sich für was? Welcher Mann managt den Streikpostendienst am Tor am besten und welchen kann man für das Streikbüro gebrauchen. Obwohl wir so langsam den Überblick kriegen.

Frage: Wie hoch ist eigentlich bei Euch der Organisationsgrad?

Antwort: Der Organisationsgrad liegt nach dem letzten Stand vom 31. 12. 1973 im gewerblichen Bereich bei 91 %. Bei der Urabstimmung hatten wir bei den Gewerblichen nur 71 Neinstimmen und 4 Enthaltungen, und bei den Angestellten hatten wir von 232 abgegebenen Stimmen 19 Neinstimmen und 3 Enthaltungen. Das Abstimmungsergebnis bei den Angestellten hat mich überrascht und echt gefreut. Ich hatte nicht damit gerechnet, daß sich soviel Angestellte für den Streik aussprechen würden.

Frage: In einem anderen Betrieb hat eine Angestellte gefragt, ob sie nun eigentlich mitstreiken dürfe, sie wußte also nicht, ob die Angestellten nun eigentlich mitstreiken. Der Chef hat natürlich gesagt, die Angestellten dürften nicht, denn sie seien nicht in der IG Metall und dürften deshalb nicht mitstreiken.

Antwort: Die Angestelltenfrage ist sowieso ein Punkt für sich. Es ist schwer, Vertrauensleute unter den Angestellten zu werben. Denn die unmittelbare Abhängigkeit der Angestellten ist doch größer als im gewerblichen Bereich. Es werden hohe übertarifliche Löhne gezahlt und der einzelne Kollege ist vom Abteilungsleiter voll abhängig, denn der entscheidet selbständig, ob mal ein 20-Markschein draufgelegt wird. Ein Vertrauensmann hat es schwer, sich da durchzusetzen, er braucht schon eine große Selbstsicherheit und ein hohes Bewußtsein, um da überhaupt tätig zu werden. Das sind natürlich die Schwierigkeiten im Angestelltenbereich für die Gewerkschaft. Übrigens ist bei den Mitbestimmungsbetrieben im Montanbereich ein wesentlich höherer Organisationsgrad bei den Angestellten festzustellen, er liegt dort etwa zwischen 60 und 70 %, während er in den übrigen Großbetrieben so zwischen 15 und 25 % liegt. Siemens zum Beispiel, überwiegend ein Angestelltenbetrieb, hat einen Organisationsgrad zwischen 8 und 15 %. Ich hab da mal Statistiken gesehen.

„Wenn wir jetzt nachgeben, dann werden wir ewig verlieren“



15. März 1974 — Eine Woche Streik — Interviews mit Streikenden

Frage: Wie ist nach einer Woche die Streiksituation?

Antwort: Ich denke, wir müssen durchhalten, das ist wichtig. Wir dürfen nicht aufgeben. Aber man sieht ja auch an den Kundgebungen, daß alle durchhalten wollen. Außerdem zieht die Bevölkerung mit. Man kann sehen, daß wir stark unterstützt werden und das ist wohl unsere größte Stärke.

Frage: Was sagen die Frauen zum Streik?

Antwort: Was sollen die sagen, die ziehen mit genau wie wir. Sie sagen auch, wir sollten durchhalten. Schließlich merken Sie die Preissteigerungen zuerst.

Frage: Es gibt noch niemanden, der sagt, es ist genug gestreikt?

Antwort: Ich war gestern mit mehreren Älteren wieder mal auf Streikposten, die sorgten sich, ob die jungen Leute durchhalten, denn das muß jetzt sein, daß wir durchhalten.

Frage: Was wird bei der Schlichtung so ungefähr herauskommen?

Antwort: Es müßten gut 14 % rauskommen. Wichtig wäre, daß wir unseren Urlaub und unser Urlaubsgeld

kriegen und daß die über 50- oder 55-jährigen Kollegen ihren Arbeitsplatz behalten, oder wenn sie in eine andere Abteilung kommen, vor allem ihr Geld weiterkriegen, und daß sie auf jeden Fall ihren Arbeitsplatz bis zum 63-ten behalten. Gerade auf dem Vulkan ist das wichtig, denn wenn da einer 50 Jahre ist, dem fällt es schon schwer, die Arbeit weiterzumachen. Es wird im Akkord gearbeitet und es wird Leistung verlangt. Außerdem wird körperlich immer mehr verlangt. Es wird zwar rationalisiert, aber für uns an der verkehrten Stelle, denn wir merken nicht viel davon. Gerade beim Schiffsbau muß alles durch körperliche Arbeit gemacht werden.

Frage: Wenn der Schlichtungsanspruch insgesamt unter 14 % bleibt, meint Ihr, daß dann weiter gestreikt wird?

Antwort: Unter 14 % wird weiter gestreikt. Endgültig, 14 % oder weiterstreiken. Aber wenn die nun 13 %, Urlaub und was da noch so alles gefordert wird, anbieten, dann kommen wir doch auf 14 %. Es würde zu einer Urabstimmung kommen, bei der 25 % für den Streikabbruch reichen würden und diese 25 % robben sich dann schnell zusammen. Denn, wenn man einzelne Kollegen so hört, dann stehen wir selbstverständlich für das gerade, was wir gefordert haben. Aber hintenherum sagt dann doch wieder einer, wenn wir 12 oder 13 % kriegen, dann laß uns man wieder an die Arbeit gehen. Wegen 1 oder 1,5 % noch 4 Wochen weiterstreiken? Das können wir praktisch in dem Jahr nicht aufholen.

Es ist nicht richtig, jetzt nachzugeben, denn dann würden wir ewig verlieren. Weil die andere Seite ewig damit rechnen kann, daß da immer eine bestimmte Zahl von Leuten ist, die sagen, ach, die 1 bis 2 Pfennige, geschenkt! Ich sage, diese Einstellung ist einfach falsch. Früher, die Älteren, die haben wegen einem Pfennig 6 Wochen gestreikt. Warum sollen wir jetzt nicht 3 oder 4 Wochen durchhalten? Gerade wegen des einen Pfennigs! Aber die Jungen, die haben teure Wohnungen, das ist schon ein Grund zum Schlappmachen. Aber trotzdem, so ein Streikkampf kann doch kein Viertel Jahr dauern. Das geht auch für die Arbeitgeber nicht. Einmal müssen die nachgeben, und deshalb müßte man 3 bis 4 Wochen schon mal aushalten. Jetzt muß man hart bleiben, 14 % und nichts darunter.

„So sieht meine Rechnung aus“

25. März 1974: Zweierlei Rechnung – Interviews in der Streikleitung des Vulkan

Frage: Jetzt wird immer wieder gesagt, wenn man alles zusammenrechnet, dann kommen 14,85 % raus, und der Spruch in der ersten Schlichtung lautete nur 14 %, wir müssen also zufrieden sein.

Antworten: Dazu kann ich nur sagen, wenn ich die ganzen Stunden zusammenrechne, die ich und andere Kollegen hier im Streiklokal oder auf Streikposten gegangen haben, wenn wir diese Stunden auf der Arbeit als Überstunden abgeleistet hätten, dann hätten wir mehr in der Tüte gehabt, als das ganze Ergebnis einbringt, das bei diesem Streik rausgekommen ist. Vor allem hätten wir keinen Verlust gehabt. So, diese Rechnung kann ich auch aufmachen.

Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß dieser Streik den Gewerkschafts-

mitgliedern Rückhalt gegeben hat. Wenn es da welche gegeben hat, die so ein bißchen krumm waren, die sind durch diesen Streik selbstbewußter und kampfbereiter geworden. Diese Bewußtseinsveränderung bei den Streikenden, die wird jetzt so zurückgeschlagen, daß viele Kollegen wieder den Mut verlieren und sich sagen, was soll's, wir brauchen ja doch nicht wieder anzutreten und dadurch kriegen sie das Rückgrat, das sie jetzt so richtig entwickelt hatten, wieder gebrochen. Ich sehe die Gefahr, daß man das den Kollegen nicht klar machen kann. Ich weiß es von mir, ich war heute morgen so leer. Wofür hast Du Dir eigentlich die Nächte um die Ohren geschlagen? Wenn die Verhandlungskommission hingehet und jedesmal, wenn es kritisch wird, ein Prozentchen abstreicht! Das hat mir nicht gefallen und wenn mir das schon nicht gefällt, ich schon demoralisiert bin, was soll ich von einem einfachen Mitglied verlangen? ...

„Die Gewerkschaft müßte auf die Kritik mehr eingehen“

27. März 1974: Bilanz eines Streiks am Tag der Urabstimmung – Interview mit den Betriebsräten Bettelhäuser und Schönberger

Frage: Ist es nach Eurer Meinung denkbar und wünschenswert, daß z.B. an der Basis, wie jetzt hier auf der Versammlung beim Bremer Vulkan, eine andere Meinung vertreten wird, als es die Vorstandsmeinung ist? Schadet oder nützt das der Gewerkschaft?

Antwort: Ja, solche Meinungsverschiedenheiten nützen der Gewerkschaft. Meiner Meinung nach würde der Vorstand klug handeln, wenn er sich über Kritik nicht so autoritär hinwegsetzen würde, wie er es nach meinem Empfinden tut. Er müßte auf diese Kritik mehr eingehen. Diese Kritik muß ja eine Ursache haben, und wenn der Vertrauenskörper des Vulkan gegen dieses Verhandlungsergebnis ist, dann muß das ja Gründe haben, und es kann doch wirklich sachlich begründete Ursachen für dieses Verhalten geben, die dem Vorstand bislang noch gar nicht aufgefallen sind. Wenn er sich nicht mit der Kritik auseinandersetzt, kann er diese Ursachen nicht rauskriegen. Allerdings muß dann der Vorstand damit rechnen, daß er ganz gehörig und gewaltig auf den Bauch

fällt mit seiner Politik, daß er nämlich in die eine Richtung geht und die Mitglieder in eine andere und was wir dann haben, das möchte ich erst gar nicht aufs Tapet bringen.

Ich hoffe, daß sich der Vorstand tatsächlich ein bißchen mehr an der Basis sehen läßt. Eines muß ich direkt sagen. Eugen Loderer ist unser Vorsitzender, der Vorsitzende der größten Einzelgewerkschaft der Welt, und wenn diese Gewerkschaft einen Arbeitskampf führt, egal ob in einem großen oder kleinen Tarifgebiet, dann müßte es selbstverständlich sein, daß sich der erste Vorsitzende an diesem Arbeitskampfplatz sehen läßt. Als erster Vorsitzender muß er repräsentieren, und das hat er hier in Bremen nicht gemacht. ...

Frage: Nach diesem Ergebnis, resignieren da nicht viele Kollegen?

Antwort: Zeitweise sicher, so ist es mir als Funktionär selbst ergangen, aber wenn man dann wieder im Rampenlicht steht, dann findet man sich wieder. Man findet sich wieder und sagt, jetzt erst recht! Man diskutiert mit den Kollegen, und dann merkt man wieder: Mensch du kannst nicht so weiterresignieren, du darfst einfach nicht

Fortsetzung nächste Seite

Urabstimmung der Metaller im Unterwesergebiet am 27. März '74

Frankfurt am Main – An der Urabstimmung in der metallverarbeitenden Industrie des Tarifgebiets Unterweser, in der die Mitglieder der IG Metall über den Einigungsvorschlag der besonderen Schlichtungsstelle vom 23. März 1974 abstimmen, haben sich von 28.836 abstimmungsberechtigten Mitgliedern der Gewerkschaft 25.699 beteiligt. Das sind 89,12 % der Abstimmungsberechtigten.

Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

Ja	9.235 (32,02 % der Stimmberechtigten)
Nein	16.382 (56,81 % der Stimmberechtigten)
Ungültig	81

Damit ist der Einigungsvorschlag durch die Mitglieder angenommen und der Streik beendet. Nach § 11 Ziffer 3 der Satzung der IG Metall darf der Vorstand auch der Fortführung einer Streikbewegung nur dann zustimmen, wenn sich mindestens 75 Prozent der daran beteiligten Mitglieder in einer Urabstimmung dafür ausgesprochen haben. Dies Quorum wurde mit 56,81 % nicht erreicht.

Der Einigungsvorschlag sieht eine Erhöhung der Löhne und Gehälter im Jahresdurchschnitt um 12,25 Prozent vor, und zwar für das 1. Quartal 1974 um 11 %, für das 2. Quartal 1974 um 12 % und für das 3. und 4. Quartal um 13 %. Hinzu kommt eine Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes auf 50 %, so daß das Gesamtvolumen 14,85 % beträgt. Die Verlängerung des Urlaubs um 2 Arbeitstage bringt für die über 30-jährigen den Einstieg in die sechste Urlaubswoche. Von besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung ist die Alterssicherung, die eine 100%ige Verdienstsicherung für Arbeitnehmer über 54 Jahre (bei mindestens 5-jähriger Betriebs- oder Unternehmenszugehörigkeit) bringt. Diesen Arbeitnehmern kann auch nur noch aus wichtigem Grunde gekündigt werden.

„Metall Pressedienst“, 27. 3. 1974

Recht auf Arbeit – wessen Recht?

Professor Dr. Wolfgang Däubler, Uni Bremen:

Arbeitgeber behaupten bei jedem Arbeitskampf, er sei ein schwerer Schlag für die freiheitliche Ordnung. Niemand kann von solchen Äußerungen überrascht sein, geht es doch um Profite, für deren Verteidigung den Unternehmern (fast) jedes Mittel recht ist. Gefährlicher ist der Trick mit der Rechtslage: Man versucht, die Kollegen zu verunsichern, indem man behauptet, sie handelten rechtswidrig.

Zwei eindrucksvolle Beispiele dieser Strategie befinden sich in der FAZ (Frankfurter Allgemeinen Zeitung) vom 21. März 1974. Dort steht, in Arbeitgeberkreisen werde immer häufiger gefragt, ob der Streik in Bremen überhaupt noch rechtmäßig sei, ob er noch dem Verhältnismäßigkeitsgebot entspreche. Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner bezweifle das. Mit der Ausweitung des Streiks verletze die Gewerkschaft die Spielregeln des fairen Arbeitskampfes.

Daran ist juristisch so gut wie alles falsch. Ein Grundsatz der Verhältnis-

mäßigkeit beim Streik und einen Grundsatz des fairen Arbeitskampfes gibt es zunächst nur in der Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG). Zahlreiche Juristen sind hier anderer Ansicht: Es gehört gerade zum Streik, daß in der jeweils geeigneten („verhältnismäßigen“ oder „unverhältnismäßigen“) Art auf den Unternehmer Druck ausgeübt wird, ohne andere Grenzen als die des Strafrechts zu beachten. Sie stützen sich auch darauf, daß nirgends sonst in der westlichen Welt derartig weitgehende Einschränkungen des Streikrechts praktiziert werden wie in der Bundesrepublik.

Selbst wenn man jedoch von der Rechtssprechung des BAG ausgeht, selbst wenn man all die von ihm erfundenen Grenzen des Streikrechts akzeptiert – selbst dann haben die Arbeitgeber Unrecht. Nirgends hat das BAG die Auffassung vertreten, ein Streik werde wegen langer Dauer oder wegen besonderer Intensität rechtswidrig.

Noch deutlicher sind die Rechtsirrtümer, wenn behauptet wird, den „Arbeitswilligen“ stehe ein „Recht auf Arbeit“ zu. „Recht auf Arbeit“ – der Ausdruck

klingt gut, handelt es sich doch um eine Forderung, die bereits vor rund hundert Jahren von der Gewerkschaftsbewegung erhoben wurde. Aber noch hat niemand in unserer kapitalistischen Ordnung ein Recht, auch wirklich einen Arbeitsplatz zu bekommen. Niemand kann bei uns sicher sein, nicht eines Tages seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

In dieser Situation ist es blanker Hohn, wenn man Streikbrechern ein Recht auf Arbeit zuspricht. Im Ergebnis würde das bedeuten, daß sie als einzige Arbeitnehmergruppe in den Genuß dieses Rechts kämen – freilich nur, so lange der Streik dauert und sich ihr Verhalten zu Lasten der sich solidarisch verhaltenden Kollegen auswirkt. Sobald nämlich die Arbeit wieder aufgenommen wird, ist das „Recht auf Arbeit“ auch für die „Arbeitswilligen“ spurlos verschwunden: Sie können genauso wie andere Arbeitnehmer gekündigt werden. Entweder muß „Recht auf Arbeit“ für alle gelten – und dafür brauchen wir eine neue Wirtschaftsordnung – oder es gilt für keinen. Privilegien für Streikbrecher sind dagegen unsozial und verstoßen gegen das von der Verfassung verbürgte Grundrecht auf Streik. Die überwältigende Mehrzahl aller Arbeitnehmer kann und wird sie nie akzeptieren.

Aus „Metall“ Nr. 7/74



Das Recht auf Arbeit gilt nicht für Streikbrecher – „Leitende“ von VFW-Fokker versuchen Streikposten zu provozieren